
Ihr Schreiben

Windräder schaden der Gesundheit

Zum Artikel „Viel Wind um Windräder“ (Ausgabe vom 23. April)

Es lohnt sich auch für saarländische Politiker, etwas mehr in Sachkompetenz zu investieren und sich mit einem aktuellen ausführlichen Gutachten des Umweltbundesamtes zum Thema Infraschall auseinanderzusetzen. Hier werden mögliche Gefahren und die Schädlichkeit von Infraschall dargelegt. Es ist

schlichtweg naiv anzunehmen, dass unser Innenohr nur den hörbaren Bereich der Schallwellen wahrnimmt. Die Politiker verschweigen, dass die Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen die veralteten technischen Anweisungen aus dem Jahr 1998 zugrunde legen. Der Begriff Infraschall kommt darin gar nicht vor, und die Windräder waren damals nur 100 Meter hoch. In diesem Zusammenhang ist es ein Schildbürgerstreich, dass in weniger als 2000 Meter Abstand zur Uni-Klinik, mit jährlich 50 000 Patienten, vier 200 Meter hohe Windräder geplant sind.

Prof. Dr. Hans Köhler, Homburg

Meine Antwort



Lothar Warscheid,
Redakteur der
Saarbrücker Zeitung,
meint dazu:

Sehr geehrter Herr Köhler,

ich bin zwar medizinischer Laie, aber auch mir sagt der gesunde Menschenverstand, dass Windräder so nahe an einer Uni-Klinik nichts verloren haben. In anderen Bundesländern würde ein solcher Standort vermutlich nicht einmal diskutiert. Diese Pläne sind der rigide Ausfluss eines Öko-Sozialismus, der jedes Maß verloren hat. Jeden Tag verbrennen wir 56 Millionen Euro an Subventionen aus dem Erneuerbaren Energien-Gesetz (EEG). Mit 25 000 Windrädern haben wir unsere Landschaft heute schon gehörig verspargelt und täglich kommen neue hinzu. Es ist der glatte Irrsinn.

Ihr Lothar Warscheid

♦
**Mit Ihrer
Zeitung
im Dialog**



Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Leserbriefe zu Themen, über die die Saarbrücker Zeitung berichtet hat. Damit ein möglichst großer Leserkreis zu Wort kommen kann, müssen Zuschriften gekürzt werden. Anonyme oder fingierte Briefe sowie beleidigende Texte veröffentlichen wir nicht. Gleiches gilt für Zuschriften, deren Inhalt nicht dem Grundgesetz entspricht. Politische Funktionsträger und offizielle Stellen dürfen sich generell nicht auf Leserbrief-Seiten äußern. Gleiches gilt für Vereins- oder Verbandsvertreter, die sich in eigener Sache zu Wort melden. Zum Abdruck von Leserbriefen sind wir nicht verpflichtet. Die Redaktion trägt die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung für veröffentlichte Zuschriften. Bitte geben Sie immer Ihre Anschrift und Telefonnummer an.

Leserbrief-Redaktion:

Telefon: (06 81) 5 02 20 41, **Fax:** (06 81) 5 02 20 79, **E-Mail:** leserbriefe@sz-sb.de
